

UMU

UMU-Mittelstandspreis 2006



Preisträger

Dieter Althaus MdL

Ministerpräsident
des Freistaates Thüringen

**Union
Mittelständischer
Unternehmen e.V. - UMU**



UMU-Mittelstandspreis 2006

Festschrift
zur Preisverleihung
an den
Ministerpräsidenten
des Freistaates Thüringen
Dieter Althaus
am 18. Oktober 2006
in Berlin

Die Union Mittelständischer Unternehmen e. V. - UMU ehrt den Einsatz von Ministerpräsident Dieter Althaus für den Mittelstand

Dieter Althaus ist der erste ostdeutsche Träger des UMU-Mittelstandspreises. Für seine mittelstands- und wirtschaftspolitischen Verdienste wurde der Thüringer Ministerpräsident am 18. Oktober 2006 im Rahmen einer festlichen Feierstunde in der Hauptstadtrepräsentanz der Würth-

Gruppe in Berlin mit dem UMU-Mittelstandspreis 2006 ausgezeichnet.

Der besondere Dank der UMU gilt der Würth-Gruppe für die großzügige Unterstützung, insb. die Zurverfügungstellung ihrer Berliner Repräsentanz auf der Wannseeinsel Schwanenwerder. ◀



Veranstaltungsort: Repräsentanz der Firma Würth in Berlin



Hausherr Prof. Reinhold Würth mit dem Ehrengast des Abends Ministerpräsident Dieter Althaus, in Begleitung von Ehefrau Katharina



Der Leiter des Würth-Hauses Manfred Kurz führt Bundeskanzlerin Merkel in die Veranstaltungsräume

Preisträger Dieter Althaus heißt seine Laudatorin Angela Merkel willkommen



Zwei Laudatoren ehrten in ihren Ansprachen Dieter Althaus und seine Arbeit. Die UMU hatte die Ehre, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel sowie Prof. Roland Berger, Chairman der Roland Berger Strategy Consultants, als Laudatoren für Dieter Althaus gewinnen zu können. Bundeskanzlerin Merkel ging in ihrer Laudatio mehr auf die persönliche Seite von Dieter Althaus und die bundespolitischen Aspekte ein, während Prof. Berger eher die Zahlen und Fakten der Politik von Dieter Althaus beleuchtete. ◀

Inhalt

- 2 Einführung
- 6 Preisverleihung im Überblick
- 8 Eröffnung — Prof. Reinhold Würth
- 10 Ansprache — UMU-Präsident Hermann Sturm
- 14 Laudatio — Prof. Roland Berger
- 18 Laudatio — Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
- 26 Rede — Ministerpräsident Dieter Althaus
- 44 Die Träger des UMU-Mittelstandspreises
- 48 Ergänzungen zur Rede UMU-Präsident Sturm

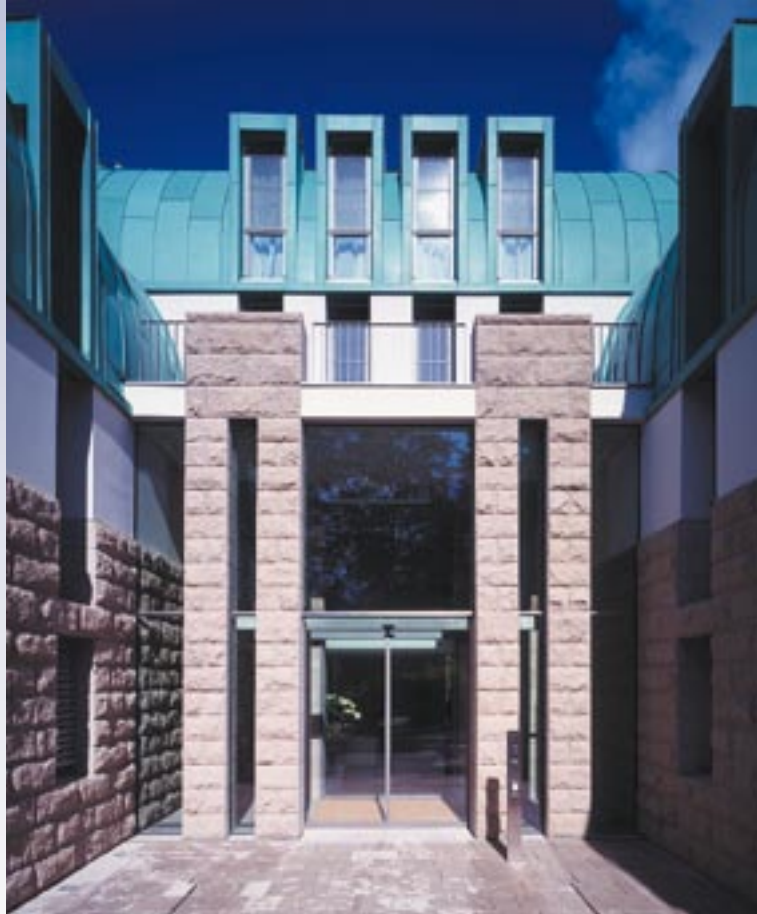


Preisträger und Laudatorin im Kreis von Sponsoren und Vertretern der Unterstützerverbände

Hausherren und Gastgeber konnten viele hochkarätige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Medien begrüßen, die zur Ehrung von Dieter Althaus aus Thüringen und dem gesamten Bundesgebiet gekommen waren. Darunter eine Reihe von Mittelständlern aus Althaus' Heimatland Thüringen, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Wirtschaftspolitiker und Vertreter anderer Bundestagsparteien, Beamte aus Kanzleramt und Bundeswirtschaftsministerium, Unternehmer, Vertreter führender deutscher Mittelstandsverbände und Vorstände deutscher Konzerne, sowie Journalisten der Print- und TV-Medien. ◀

Redner der ersten Laudatio: Prof. Roland Berger





Hauptstadtrepräsentanz der Würth-Gruppe



UMU-Mittelstandspreis 2006 an Ministerpräsident Dieter Althaus

Die UMU dankt den Sponsoren

- Adolf Würth GmbH & Co. KG
- Bankhaus Reuschel & Co.
- Unternehmermagazin impulse
- Profi.Tel Telekommunikations-Service GmbH

Die UNION MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMEN verleiht jährlich den UMU-Mittelstandspreis an Persönlichkeiten des politischen Lebens, die sich besonders um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und die Belange des Mittelstandes – dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft – verdient gemacht haben.

Mit dem UMU-Mittelstandspreis 2006 an Dieter Althaus ehren UMU und die Unterstützerverbände einen „Vordenker“, so die Jury, der sich nicht scheue, immer wieder unbequeme Wahrheiten auszusprechen und die Rückkehr zu einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung einfordere, die auf den Prinzipien Freiheit und Eigenverantwortung fuße.

Sein Engagement für eine grundlegende Neuorientierung und Vereinfachung unserer sozialen Sicherungssysteme, beispielsweise in Form eines Bürgergeldes, belege seinen Mut neue Wege zu

gehen. Althaus Sorge mit seinem entschlossenen Handeln für mittelstandsfreundlichere Rahmenbedingungen, unter anderem durch die Ausweitung von Investitionsförderprogrammen, die Förderung von Forschung und Entwicklung im Mittelstand, seinen Einsatz für Bürokratieabbau und für eine Flexibilisierung im Arbeits- und Tarifrecht. Damit habe Althaus Wege vorgezeichnet, „welche die Regionen, aber auch Deutschland insgesamt, gehen müssen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können“ (Laudationes).

Die Verleihung des UMU-Mittelstandspreises 2006 an Dieter Althaus wurde ideell unterstützt durch den Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe, Bonn, den Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft, Berlin, den Deutschen Steuerberaterverband, Berlin, und den Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, Bad Honnef. Zusammen mit der UMU vertreten diese Verbände rund 200.000 Klein- und Mittelbetriebe sowie Freiberufler mit über 1 Million Mitarbeitern.



Preisträger Dieter Althaus spendet die Dotierung des Preises in Höhe von EUR 3.000,- an die Kolpingjugend Erfurt.



Dieter Althaus nimmt die Verleihungsurkunde entgegen:
v.r. Prof. Roland Berger, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Preisträger Dieter Althaus, UMU-Präsident Hermann Sturm

Eröffnung durch Pr of. Reinhold Würth



Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Hausherr und Gastgeber darf ich Sie heute Abend hier in unserer Würth-Residenz in Berlin ganz herzlich willkommen heißen. Wir vergeben heute Abend den Mittelstandspreis der UMU, deswegen hat Herr Sturm nach mir auch die Aufgabe, Sie im Einzelnen zu begrüßen.

Sie gestatten mir, dass ich wenige Worte zu diesem Haus hier sage. Es handelt sich um die Repräsentanz unseres Unternehmens. Wir sind ja in Künzelsau, in Baden-Württemberg, ansässig und auch ein mittelständisches Unternehmen. Ich habe am 1. September gerade das 58ste Berufsjahr begonnen. Ich kam nämlich 1949 als „Stift“, als Lehrling, zu meinem Vater in den Betrieb und bin seither nicht mehr hinausgekommen.

1954 ist mein Vater sehr früh, im Alter von nur 45 Jahren, verstorben. Ich musste dann den Betrieb im Alter von 19 Jahren mit 2 Mitarbeitern weiterführen. Das ist damals, in der Zeit des deutschen Wirtschaftswunders, wunderbar gelungen.

Heute ist das Unternehmen zu einer Größe gereift, die ich mir selbst hätte nie träumen lassen. Wir beschäftigen inzwischen mehr als 54.000 Mitarbeiter, setzen dieses Jahr 7,6 Mrd. Euro um und werden ein Betriebsergebnis von mehr als 500 Mio. Euro erwirtschaften. Also ein „typisches Beispiel“ für den deutschen Mittelstand.

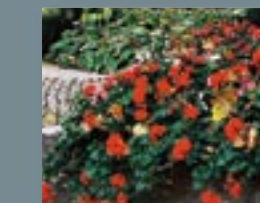
Ich wünsche Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, einen schönen Abend und möchte meinen herzlichen Dank an Sie alle zum Ausdruck bringen, dass Sie den relativ weiten Weg von der Innenstadt hierher gemacht haben.

Ich bedanke mich ganz besonders bei Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, dass sie hierher gekommen ist.

Das ist für uns und meine Mitarbeiter – auch der erste Geschäftsführer Herr Friedmann und Herr Dr. Unkelbach sind hier – eine große Ehre. Wir alle freuen uns über die zahlreichen Gäste und fühlen uns wirklich in aller Bescheidenheit hoch geehrt, dass so viele wichtige Mandats- und Entscheidungsträger den Weg heute Abend hierher gefunden haben.

Ich wünsche Ihnen nun einen schönen Verlauf dieser Veranstaltung und ich hoffe, dass Sie einige gute Erinnerungen von hier mitnehmen können.

Vielen Dank.



Rede Hermann Sturm, Präsident UMU

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, Herr Ministerpräsident Althaus, Frau Althaus, Frau Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Göring-Eckardt, Herr Staatssekretär Schauerte, Herr Fraktionsvorsitzender Kauder, meine Damen und Herren Abgeordneten, Herr Prof. Berger, Herr Prof. Würth als Hausherr und Ihr Team, Herr Kurz, unsere Gäste aus Polen, Vereinigtem Königreich, Griechenland, Österreich, speziell liebe Gäste aus Thüringen, liebe Verbandspräsidenten, liebe Medienvertreter, meine Damen und Herren Beamten aus dem Bundeskanzleramt und den Ministerien, liebe Mitglieder und Gäste, liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren,

nach dieser Eröffnung durch Herrn Prof. Würth, dem lebendigen Beispiel des innovativen Mittelstandes, bleibt mir die besondere Aufgabe, Sie alle hier zu begrüßen, die nach Schwanenwerder gekommen sind, um Herrn Ministerpräsident Althaus als UMU-Mittelstandspreisträger 2006 die Ehre zu erweisen. Genießen Sie den heutigen Abend mit uns.

Die Frage „Was ist der deutsche Mittelstand?“ darf ich wie folgt umschreiben: Wir sind der Sauerteig des Volkes, der aber die Steuern für das ganze Brot bezahlt.

„Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern, als ein Atom“. Dieser Aussage von Albert Einstein, einem der intelligentesten Deutschen, ist in der heutigen Zeit nichts mehr hinzuzufügen.

Leiden wir an der „deutschen Krankheit“? Reden wir uns schlecht? Nein! Wir, der deutsche Mittelstand, sind stolz auf unser Land und auf das, was wir alle zusammen für unsere Nation erarbeiten.

Der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit ist die Hauptaufgabe der Bundesregierung, aber auch von uns allen.

„Jammern statt klagen“ ist nicht unsere Devise. Sie werden von der UMU und den Unterstützerverbänden keine aufgeregten Äußerungen zu Gesetzes- oder Referentenentwürfen und dergleichen hören. Wir müssen auch nicht jeden Tag in der Zeitung stehen. Wir versuchen es im nicht-öffentlichen Gespräch und nicht in vorab veröffentlichten Briefen. Das ist und bleibt unser Stil, der Stil der verlässlichen Partner aus dem deutschen Mittelstand für die Politik.

Zusätzlich zu den Ihnen vorliegenden Infos möchte ich, wie immer zu Beginn der Veranstaltung, einige aktuelle Forderungen des deutschen Mittelstandes vorstellen.

Wir brauchen auf allen Ebenen Wettbewerb, Wachstum und Deregulierung. Wir müssen besser sein als die anderen Nationen, nur das rechtfertigt auf Dauer unseren hohen Wohlstand.

Wir brauchen die neue EU-Dienstleistungsrichtlinie, um selbst mehr Vorteile und Chancen im Ausland zu haben – nicht um nationale Hürden für andere aufzubauen. Auch die Deregulierung des deutschen Handwerks war richtig und trägt zur Stabilisierung der Wirtschaft bei.

Wir müssen auch die Bildung noch weiter fördern, denn der Rohstoff Geist ist unsere Zukunft. Die Ausbildung machen wir ja sowieso schon zu 80 %.

Alles, was wir benötigen, ist eine Selbständigenquote von 20% – anstelle von heute 11% – dann haben wir unsere wirtschaftlichen Probleme mehr als gelöst.

Das norwegische Nobelkomitee hat mit der Vergabe des Friedensnobelpreises an Mohammed Junus gerade die Förderung von Mini-Existenzgründungen geehrt. Wir freuen uns darüber.

Auch die KfW vergibt auf Anregung der Mittelstandsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums Mikrokredite. Wir wollen hier die Mittelstands-Tätigkeit der KfW ausdrücklich loben.



In diesem Sinne gleichwohl einige Anregungen. Wir begrüßen grundsätzlich die breit angelegte Mittelstandsinitiative der Bundesregierung, insbesondere zum Bürokratieabbau. Auch wir spüren die Belebung und einen neuen Optimismus in unseren Reihen – und das sicherlich auch im Vorgriff auf das, was wir von der großen Koalition erwarten. Wir teilen dabei auch grundsätzlich nicht die Äußerungen der selbst ernannten Kritiker, bei der großen Koalition gehe es nur um den kleinsten gemeinsamen Nenner. Wir sehen das Gegenteil: die Lösung der großen Reformvorhaben. Wir vertrauen darauf, dass sie kommen.

Gewählt wird erst wieder 2009, und regieren heißt – das haben wir der Vorgängerregierung auch gesagt – nicht nur nach Umfragewerten zu schießen, sondern verantwortungsvolle zukunftsorientierte Politik für das gesamte Land zu machen.

Da ist sicherlich die Unternehmenssteuerreform. Hier verschweige ich nicht, dass wir Mittelständler Sorge haben, dass die notwendige Senkung der Körperschaftsteuer für die großen Unternehmen zu Lasten des kleinen Mittelstandes gehen könnte. Hier bitte ich Sie, Frau Bundeskanzlerin, auch den kleinen Mittelstand zu entlasten.

Ich hoffe, es kommt bei der Gewerbesteuer jetzt doch noch zu einem Durchbruch, dass sie zumindest für kleine Personengesellschaften und kleine Firmen bis 100.000 EUR Jahresertrag abgeschafft wird. Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ist eine schöne Umschreibung für Steuererhöhung. Wir sind auch für eine Verschärfung der Gesellschafterfremdfinanzierung über 5 Mio. EUR.

Der deutsche Mittelstand braucht höhere Freigrenzen, auch bei der vorgesehenen Besteuerung von Zinsen usw.. Der Mittelstand braucht auch dringend mehr Eigenkapital, das aber am besten als Gewinn steuerfrei in der Firma verbleibt, dies bringt größeren finanziellen Spielraum und Stabilität für die Arbeitsplätze. Bei der Entnahme erfolgt dann die Besteuerung.

Die Unterstützer

BDWi • BGL DStV • ZDK

> Rede Hermann Sturm

Wir müssen zugeben, dass wir bislang das Thema Steuervereinfachung vermissen. Wir wissen, dass Merz und Kirchhof noch politisch unrealistische Denkspiele sind, aber ich empfehle doch sehr, den Sachverstand aus unseren Reihen dazu einzubeziehen. Hier sitzt der Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes, Herr Pinne. Er wartet nur darauf, Anregungen geben zu können.

Wir müssen uns auch an die eigene Nase fassen. Unsere „Selbsterhaltungssysteme“ in den Kammern, z. B. wenn ein Facharzt 300 m weiter umzieht, braucht er eine Genehmigung der kassenärztlichen Vereinigung. Schaffen wir vieles ab und wir leben freier!

Der »grüne Pfeil« aus der DDR wurde in das gesamte Bundesgebiet übernommen: symbolisch gesagt ein Stück mehr Deregulierung, d. h. Freiheit und Verantwortung wurden auf den Bürger zurück übertragen.

Auch die GEZ-Abgabe für internetfähige PC's wurde von Leuten erfunden, die nicht mit dem PC arbeiten.

Zum Thema Gesundheitsreform: Der jetzt verabschiedete Gesundheitsfonds ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Natürlich hätten wir uns ebenfalls eine Entkoppelung vom Arbeits-einkommen gewünscht, jedoch hoffen wir, dass dies alsbald geschieht.

Was haben die Arbeitgeber bis 50 Mitarbeiter mit der Abführung der Sozialabgaben zu tun? Diese sollten vom Arbeitgeber nur an eine einzige Stelle, z. B. eine Lohn-Treuhand-Stelle, abgeführt werden, und damit sollten seine Verpflichtungen erfüllt sein.

Wir brauchen Unternehmer in Deutschland, die Zeit für Innovationen haben, und keine unbezahlten Hilfsarbeiter für die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuer.



Der Präsident des Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft e.V. - BDWi, **Werner Küsters** (2.v.l.) und BDWi-Bundesgeschäftsführer **Markus Guhl** (re.) mit Ministerpräsident **Althaus**, dem Parl. Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium **Hartmut Schauerte** (2.v.r.) und **Dr. Eckhard Franz**, Leiter der Abteilung Mittelstandspolitik im Bundeswirtschaftsministerium (li.)



Robert Rademacher, Präsident Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeug-gewerbe e.V. - ZDK (li.) und **Hans-Peter Lange**, Präsident Landesverband des Kfz-Gewerbes Berlin-Brandenburg e.V.



Jürgen Pinne, Präsident Deutscher Steuerberaterverband e.V. - DStV (re.) und **Prof. Dr. Axel Pestke**, Hauptgeschäftsführer Deutscher Steuerberaterverband



Der Präsident des Bundesverbandes Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e.V. - BGL, **Hanns-Jürgen Redeker**, begrüßt Preisträger **Dieter Althaus**

Es gibt aber noch zwei aktuelle Punkte, auf die ich aufmerksam machen möchte:

- Da ist zum einen die HOAI – Honorarordnung für Architekten und Ingenieure. Wir brauchen dringend die Verabschiedung der Änderungs-novelle.
- Zum anderen hat der wirtschaftliche Aufschwung erfreulicherweise auch dazu geführt, dass die hohen Insolvenzzahlen im Mittelstand nicht weiter gestiegen sind. Dennoch ist hier dringender Verabschiedungsbedarf für ein Gesetz zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge, ein Entwurf liegt ja bereits vor.

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch ein Wort zum Thema Großindustrie und Konzerne.

Der deutsche Mittelstand hofft, dass er nach der Insolvenz von BenQ nicht über den Pensions-Sicherungs-Verein die Renten der ehemaligen Siemens-Angestellten bezahlen muss, wie damals bei AEG. Wir möchten nicht für die Fehler der Konzernführungen bezahlen. Vielleicht sollten sich deutsche Konzerne wieder mehr auf ihre langfristige Technologieführerschaft und wettbewerbsfähigere Produkte konzentrieren als auf kurzfristige Renditen zu schießen, dann wären mehr solcher Pleiten vermeidbar. Denn dem Arbeitsplatzabbau geht nahezu zu 100% ein Managementfehler voraus.

Als gelernter Techniker darf ich den ehemaligen Vorstand für Forschung und Entwicklung und Vorstandsvorsitzenden von Daimler-Benz, Werner Breitschwerdt, zitieren: „Es waren die Entwickler, die diesen Konzern groß gemacht haben. Nicht die Juristen und Kaufleute.“

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, und ich darf das Wort an Herrn Professor Berger übergeben.

Laudatio – Prof. Dr. h. c. Roland Berger

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, verehrter lieber Herr Ministerpräsident Althaus, sehr verehrte Frau Althaus, verehrte Frau Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Göring-Eckardt, sehr geehrter Herr Staatssekretär Schauerte, sehr verehrter Herr Fraktionsvorsitzender Kauder, meine Damen und Herren Abgeordneten, sehr geehrter lieber Herr Sturm und sehr verehrter Herr Prof. Würth, Herr Kurz, meine sehr verehrten Damen und Herren,

hier darf ich vielleicht einschieben, meine Damen und Herren, Deutschland braucht Vorbilder, wenn sich die Menschen unternehmerisch engagieren sollen. Und Herr Prof. Würth ist ein solches Vorbild. Und ich denke es ist wichtig, dass wir diese Vorbilder entsprechend hervorheben.

Wir ehren heute mit Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident Althaus, einen Preisträger, der wie kein anderer eine ordnungspolitische Botschaft hat, für die er als Person und als Politiker steht.

Diese Ihre Botschaft lautet: „Die Freiheit hat Vorrang“. Dies bringt Sie sozusagen in eine Linie mit unserer Bundeskanzlerin, die bei ihrer Regierungserklärung ja auch gefordert hat „Freiheit wagen!“

Die Bedeutung dieser Botschaft kann in Deutschland gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Milton Friedman hat einmal darauf hingewiesen, dass den Argumenten gegen die Marktwirtschaft der fehlende Glaube an die Freiheit selbst zu Grunde liegt. Denn diese Argumente unterstellen, dass die Menschen nicht in der Lage sind, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden und dieses erfolgreich in die Hand zu nehmen.

Eine sinnvolle Ordnungspolitik muss jedoch an erster Stelle den Menschen als Unternehmer seiner Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellen. Sie muss seine Leistungsfähigkeit fördern und fordern und

ihm die Chance geben, für sich selbst und für die Gesellschaft das Bestmögliche zu erreichen. Und für diejenigen, die an dieser Freiheit aus unverschuldeten Gründen scheitern – kein Unternehmertum ist ohne Risiko – für diese müssen dann die Prinzipien der sozialen Verantwortung der Gesellschaft greifen. Leider haben sich viele in Deutschland angewöhnt, das Ganze genau umgekehrt zu sehen: Wir denken zu oft zuerst an das Verteilen und nicht an das Erwirtschaften. Wir denken zu häufig zuerst an Gleichheit, und erst dann an Freiheit.

Dabei haben Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, mit der Idee des „solidarischen Bürgergeldes“ in diesem Sommer wieder bewiesen, dass der Anreiz zu Leistung und soziale Absicherung sich nicht ausschließen müssen. Die Idee eines Bürgergeldes ist zwar so neu nicht. Erstmals aber verknüpfen Sie das Konzept des Grundeinkommens mit marktwirtschaftlichen Anreizen, so viel wie möglich an eigenem Einkommen hinzuzuerwirtschaften. Sie zeigen damit eine gangbare Alternative zu Mindest- und Kombilohnmodellen auf, die sich allesamt nicht der Kritik erwehren können, die Mechanismen einer Marktwirtschaft im unteren Lohnbereich außer Kraft zu setzen.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Althaus, damit gehören Sie zu den Politikern, die erfolgreich den Weg des Erwirtschaftens, und nicht primär des Verteilens, gehen.

Auch für das von Ihnen regierte Bundesland Thüringen hat sich dieses ordnungspolitisch klare Konzept ausgezahlt, wie ich Ihnen, meine Damen und Herren, anhand von fünf Aspekten belegen möchte:

Erstens, in der Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes belegt Thüringen im deutschen Bundesländervergleich 2005 einen respektablen fünften Platz. Gemeinsam mit Sachsen bildet Thüringen damit das ostdeutsche Spitzenduo.



Festschrift Dieter Althaus

Zweitens, zwischen 1996 bis 2005 besaß Thüringen darüber hinaus die höchste Dynamik in der Industrie. Die Anzahl der Industriebetriebe hat im Vergleich zur Mitte der neunziger Jahre um 37,8 % und die Beschäftigung um 35,5 % zugenommen. Die Umsätze der Industrie Thüringens sind um 105 % gewachsen und damit so stark wie in keinem anderen Bundesland.

Drittens, Thüringens Industrie ist nicht nur national, sondern auch international wettbewerbsfähig: Mit 7,8 Mrd. EUR erzielte Thüringen im Jahr 2005 einen Auslandsumsatz, der dem von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zusammen entsprach – obwohl diese beiden Länder zusammen fast doppelt so viele Einwohner wie Thüringen haben.

Beim Zuwachs der Auslandsumsätze lag Thüringen zudem bundesweit auf Platz 3. Die traditionell starke optische Industrie – sozusagen das Optik-Cluster – in Thüringen erwirtschaftet heute sogar 60 % ihres Umsatzes im Ausland.

Viertens, gerade diese Zukunftsindustrien sind auf gut ausgebildetes Personal angewiesen, und hierfür sorgt Thüringen durch eine hervorragende Bildungspolitik. Auf 13 Schüler kommt ein Lehrer.

Auch hier stehen nur drei andere Bundesländer besser da.

Fünftens, ein letzter Vergleich, der die ordnungspolitische Grundausrichtung von Ministerpräsident Althaus dokumentiert, betrifft die Staatsausgaben: Der Staat ist zum Investieren und nicht zum Verteilen da. Deswegen liegen die Investitionsquoten der öffentlichen Haushalte mit 16,8 % im bundesdeutschen Vergleich in Thüringen deutlich höher als in fast allen anderen deutschen Bundesländern.

Thüringen ist also auf einem guten Weg, und das ist maßgeblich auch das Verdienst von Ihnen, sehr verehrter Herr Ministerpräsident.

➤ Laudatio Prof. Roland Berger



Meine Damen und Herren, was sind die Grundlagen dieser Erfolge?

Lassen Sie mich drei Beobachtungen über die Erfolgsfaktoren des Politikers und der Person von Ministerpräsident Althaus wiedergeben:

Meine erste Beobachtung ist: Ministerpräsident Althaus ist prinzipientreu und konsequent, und das macht ihn als Politiker glaubwürdig. Er gehört zu den Politikern, die auch unbequeme Wahrheiten aussprechen und kein Blatt vor den Mund nehmen.

Als 2003 in der Metall- und Elektroindustrie Ostdeutschlands ein Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche entbrennt, halten Sie, verehrter Ministerpräsident Althaus, den Streikenden ein klares Wort entgegen – Zitat – „*Sie streiken für Arbeitslosigkeit.*“ Für diese Aussage sind Sie mit dem Verweis auf die Tarifautonomie scharf von den Gewerkschaften kritisiert worden. „*Es geht hier nicht um ein ideologisches Problem, sondern um Arbeitsplätze*“ entgegneten Sie korrekt. Damit brachten Sie den Kern dieses fragwürdigen Arbeitskampfes auf den Punkt. Nach nur vier Wochen brach der Streik dann tatsächlich in sich zusammen und hat manchen Gewerkschafter zum Nachdenken gebracht.

Meine zweite Beobachtung betrifft die Zukunftsorientierung von Ministerpräsident Althaus – und die zeigt sich unter anderem in seiner Bildungspolitik. Bildung ist der Schlüssel nicht nur zur wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit eines jeden einzelnen Menschen und eines jeden Landes im internationalen Wettbewerb.

Als Kultusminister haben Sie, sehr verehrter Herr Althaus, schon Mitte der neunziger Jahre das thüringische Schulsystem erneuert. Dabei sind Sie durch innovative Programme, etwa durch den Austausch von Lehrern zwischen Thüringen und Hessen, aufgefallen – eine bis dahin bundesweit einmalige Idee, die nun im besten Sinne des Wortes „Schule macht“.

Meine dritte Beobachtung zu Ihrem Erfolg, sehr verehrter Herr Ministerpräsident: Sie sind trotz aller Entschlossenheit erfrischend pragmatisch und scheuen – ich darf Bertolt Brecht zitierend das so sagen – auch die „Mühen der Ebene“ nicht. So haben Sie letztes Jahr in der Berliner Staatsoper in Ihrer Rede zur „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“ darauf hingewiesen, dass wir uns – ich zitiere – „*zu stark auf das Moralisieren eingelassen haben, statt die Probleme anzupacken*“.

Damit verbinden Sie zwei wesentliche Eigenschaften in Ihrer Person, die Deutschlands politische Elite in diesen Tagen braucht: Wir brauchen Politiker, die wissen, wo sie anpacken müssen. Aber wir brauchen auch Politiker, die dann aber auch anpacken, und sich von rauem politischem und medialem Gegenwind nicht von der Sache abbringen lassen.

Für den Mittelstand ist diese Kombination aus klarer ordnungspolitischer Ausrichtung und der Fähigkeit und dem Willen, diese Ideen auch umzusetzen, ein Glücksfall. Denn Ministerpräsident Althaus wertet die Bedeutung des Mittelstandes für das Wohlergehen der deutschen Wirtschaft positiv wie kaum ein anderer Politiker. Und er weiß, für wen er sich engagiert: Rund 500 mittelständische Unternehmen mit einem Jahresumsatz zwischen 10 und 50 Millionen Euro prägen die thüringische Wirtschaft heute.

So hat Ministerpräsident Althaus beispielsweise zum einen das Landesinvestitionsprogramm für kleine und mittlere Unternehmen ausgeweitet. Bewährte Investitionszuschüsse werden nun um zinsgünstige Darlehensangebote erweitert, für die der Freistaat das Kreditrisiko übernimmt.

Zum zweiten: Auch das Beteiligungskapital-Programm »Thüringen-Kapital« wurde innovativ neu gestaltet. Es bietet nun Unternehmen und Freiberuflern Nachrangdarlehen an. Damit wird deren Haftungsbasis erweitert und der Zugang zur Fremdkapitalfinanzierung von Investitionsvorhaben erleichtert.

Drittens werden in Thüringen der Basisförderung regionaler Unternehmen nun flexible und zielorientierte Zuschläge hinzugefügt, die eine gezielte Fokussierung von Fördermitteln zur Clusterbildung erlauben.

Ministerpräsident Althaus setzt sich viertens für einen umfassenden Bürokratieabbau „von unten“ ein. Sein Kabinett beschloss, 81 Behörden schlanker und effizienter zu organisieren, ohne – ich zitiere – „*auf den Rückenwind aus Berlin oder Brüssel warten zu können*“.

Fünftens kämpft Dieter Althaus für eine Flexibilisierung im Arbeits- und Tarifrecht, von der vor allem kleinere und mittlere Unternehmen profitieren würden.

Sechstens, schließlich verfolgt Dieter Althaus eine bessere Einbeziehung des Mittelstandes in die Forschungs- und Innovationsbemühungen der Politik. Unterstützt wird dieses Ziel zum Beispiel durch die innovative Idee eines so genannten „Forschungsschecks“. Dieser ermöglicht Klein- und mittelständischen Unternehmen, im Rahmen von öffentlich geförderten Forschungsprojekten Aufträge an Forschungseinrichtungen zu vergeben, die bis zu 70% der Gesamtausgaben des Vorhabens betragen können.

Nicht besser könnte man erreichen, dass sich Unternehmen und Forschungseinrichtungen annähern und so top-aktuelle Forschungs-Expertisen im thüringischen Mittelstand zur Umsetzung kommen. „*Willkommen in der Denkfabrik!*“ lautet folgerichtig das Marketing-Konzept des Freistaats Thüringen.

In allen Punkten Ihrer thüringischen Mittelstandspolitik fördern Sie, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, den Wettbewerb der Besten. Alle sind gleich, aber alle sind nicht gleich gut. Das passt zu der von Ihnen geäußerten Befürchtung, dass – ich zitiere – „*Eine freiheitliche Gesellschaft mit einer falsch verstandenen Sehnsucht nach Gleichheit so viele Wirtschaftschancen verspielen [kann], dass am Ende tatsächlich ein großes Maß an Ungleichheit entsteht.*“

Es ist dies in der Tat eine große Gefahr in Deutschland. Sie, sehr verehrter Ministerpräsident Althaus, wissen, dass es nicht um die Gleichheit der Ergebnisse, sondern nur um die Gleichheit der Chancen gehen kann. Sie wissen, dass es niemals zuerst um das Verteilen, sondern immer zuerst um das Erwirtschaften gehen muss. Kurz: Sie wissen, dass die Politik davon wegkommen muss, in erster Linie den sozialen Ausgleich zu organisieren und stattdessen dem Einzelnen und der Wirtschaft wieder mehr Freiheit zugestehen muss. Das Engagement des Einzelnen ist die Voraussetzung für die Gerechtigkeit gegenüber allen.

Lieber Ministerpräsident Althaus, wer wie ich das Vergnügen hatte, Ihnen persönlich zu begegnen und mit Ihnen zu diskutieren, lernt an Ihnen nicht nur die ordnungspolitische Klarheit und die persönliche Glaubwürdigkeit zu schätzen. Ich bewundere an Ihnen auch Ihre Präzision der Argumente, Ihre Offenheit für jede Art von Anregungen und vor allem Ihre Tatkraft.

Wenn Sie etwas als richtig erkannt haben, dann setzen Sie es auch um. Und Sie verstehen es, den Menschen Mut zu machen und Ihre positive Einstellung zum Leben wie zur Arbeit auf geradezu ansteckende Art und Weise auf andere zu übertragen.

Mit dem Glauben daran, dass man es aus eigener Kraft im Wettbewerb mit den Besten schaffen kann, verkörpern Sie, sehr verehrter Ministerpräsident Althaus, im besten Sinne mittelständische Werte. Deshalb ist der diesjährige Mittelstandspreis der Union mittelständischer Unternehmen, zu dem ich Ihnen ganz herzlich gratuliere, bei Ihnen in den besten Händen.

Bitte bleiben Sie dem Mittelstand, den Sie durch Ihr engagiertes Handeln so tatkräftig und vorbildhaft unterstützt haben, auch in Zukunft verbunden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Laudatio – Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Sehr geehrter Herr Professor Würth,
sehr geehrter Herr Sturm,
sehr geehrter Herr Professor Berger,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Dieter Althaus,
liebe Frau Althaus,
liebe Kolleginnen und Kollegen
aus dem Deutschen Bundestag,
vertreten ganz besonders durch die Vizeprä-
sidentin des Deutschen Bundestages und den
Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder,
werte Festversammlung aus Wirtschaft, Politik
und vielen anderen Bereichen!

Ich freue mich, heute Abend hier zu sein. Ich
bin beeindruckt von dem Gebäude, in dem wir
diese Preisverleihung feiern können. Ich glaube,
dass dies genau der Ort ist, an dem ein solcher
Preis auch richtigerweise verliehen wird. Deshalb
ein ganz herzliches Dankeschön, Herr Professor
Würth, dass Sie das hier ermöglicht haben, dass
Sie uns auch durch Ihre persönliche Anwesenheit
hier beehren.

Es ist sozusagen die Anwesenheit eines Mannes,
der eine prägende Kraft der Sozialen Marktwirt-
schaft darstellt und der für Menschen sichtbar
macht, was sich hinter dem theoretischen Kon-
strukt der Sozialen Marktwirtschaft verbirgt – z. B.
Schrauben; eben Dinge, die man verkaufen kann.
Dahinter verbirgt sich ein Glaube daran, dass man
ein Produkt hat, das andere Menschen interessiert,
und der unermüdliche Elan, zu überlegen, wie
man es noch ein ganz kleines bisschen besser
machen kann.

Es gab sicherlich viele Momente in Ihrer Firmen-
geschichte, in denen Sie hätten stehen bleiben
und sagen können: Ich habe mehr geschafft als
die, die vor mir da waren. Aus einer inneren An-
triebskraft heraus – welche wir, die wir der Sozia-
len Marktwirtschaft verpflichtet sind, für eine we-

sentliche Eigenschaft des Menschen halten –
haben Sie aber immer weiter gedacht. Dafür ein
herzliches Dankeschön, denn das ist etwas, das
auch diesen Preis auszeichnet.

Was die einen in der Wirtschaft machen, auch
wenn sie vielleicht manchmal Zweifel haben, tun
die anderen in der Politik. Auch sie überlegen,
wie es besser sein kann. Deshalb danke ich dafür,
dass sich die UMU dafür entschieden hat, Dieter
Althaus den Mittelstandspreis 2006 zu verleihen.
Vorneweg, lieber Dieter, möchte ich Dir ganz
herzlich gratulieren, denn ich glaube, dass es vie-
le gute Gründe dafür gibt – sie sind aus Sicht der
Wirtschaft eben schon genannt worden –, dass
Du diesen Preis bekommst.

Die UMU hat auch einen Schritt hin zur Deut-
schen Einheit getan. Zum ersten Mal erhält näm-
lich ein ostdeutscher Politiker diesen Preis. Ich
würde sagen, dass es an der Zeit war, sich so zu
entscheiden. Die Anwesenheit der vielen Vertreter
des Freistaates Thüringen – auch eine hoch inter-
essante Entscheidung, sich damals nach der Deut-
schen Einheit zum Freistaat zu bekennen – zeigt,
dass dieser Preis auch ein Stück weit ein Preis für
das ganze Bundesland ist, ein Bundesland, das
den Wandel von der Plan- zur Sozialen Markt-
wirtschaft gut gemeistert hat, mit all den Schwie-
rigkeiten, denen man da begegnet.

Denn auch das darf ich vielleicht aus eigener
Erfahrung sagen. Es ist ja sicherlich sehr spannend,
an der Gesamtgeschichte einer Republik wie der
Bundesrepublik Deutschland teilhaben zu können.
Aber wenn Sie auf einem relativ hoch entwickel-
ten Stadium dazustoßen, dann ist das nicht immer
nur einfach, weil eigentlich alles schon einmal vor-
her gedacht, ausprobiert und die Überlegenheit
der Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft niemals
in Frage gestellt wurde. Aber wir, die wir aus der
früheren DDR bzw. aus den neuen Bundesländern
kamen, hatten irgendwie doch den Eindruck, dass



Festschrift Dieter Althaus

wir uns ab und zu auch schon einmal etwas über-
legt hatten. Doch wie bringt man das unter, bei
Menschen, die doch glauben, dass sie im Wesent-
lichen alles schon einmal bedacht haben?

Bevor ich auf die wirtschaftliche Kraft Deutsch-
lands zu sprechen komme, möchte ich noch fest-
halten, dass zu den herausragenden Eigenschaften
sicherlich der Aspekt des Bildungssystems gehört.
Dieter Althaus war Kultusminister. Das, was man
ganz einfach machen konnte, war, alles eins zu
eins aus dem Westen zu übernehmen. Man hat
dafür im Allgemeinen auch Lob bekommen. Aber
Dieter Althaus gehörte zu denen, die sich nicht
ganz sicher waren, ob das auch tatsächlich die
beste Möglichkeit war. Dann hat er sich dafür ein-
gesetzt, dass z. B. das Abitur in 12 Jahren geschafft
werden sollte.

Das galt Anfang der 90er Jahre als eine ziemliche
Ungeheuerlichkeit. Bayern hatte dabei Bremen im
Visier. Ich will nicht sagen, dass Thüringen gleich
danach kam, aber man wusste noch wenig über
Thüringen. Deshalb dachte man, dass die, die so-
zusagen keine Leistung abfordern, sich jetzt noch
mit denen kombinieren, die nur noch 12 Jahre bis
zum Abitur in der Schule sitzen wollten. Man hat
damals verkannt, dass Bremen wahrscheinlich
an den 13 Schuljahren mehr gegangen hat als an-
dere Länder. Jedenfalls hat man damals unglaublich
streng von den ostdeutschen Kultusministern
verlangt, dass 12 Jahre Abitur nur dann erlaubt
sind, wenn die gleiche Stundenzahl auch wirklich
abgearbeitet wird, die andere bis zum 13. Schul-
jahr haben. Aber Sachsen, Thüringen und andere
haben daran geglaubt und haben gesagt: Das
machen wir.

Ich muss Ihnen sagen: Die Einführung des »grü-
nen Pfeils« war okay. Wenn er für den Westen ein
Stück Freiheit bedeutet, dann soll mir das recht
sein. Aber die Tatsache, dass sich heute selbst der
geschätzte Freistaat Bayern für 12 Schuljahre bis
zum Abitur entschieden hat, ist der eigentlich his-

➤ *Laudatio – Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel*



torische Sieg, würde ich sagen. Dass es ein Land wie Thüringen geschafft hat, mit Sachsen zusammen in der Spitzengruppe der deutschen Bundesländer bei der PISA-Studie zu sein, trotz oder vielleicht wegen der 12 Schuljahre, gehört zu den wirklich guten Resultaten.

Ich kann das fortsetzen. Das waren die ersten politischen Schritte von Dieter Althaus, die er mit klarem Kopf, guter Argumentation und einer Portion Sturheit, die man auch braucht, um Überredungskünsten widerstehen zu können, gemeistert hat. Ich kann das auch mit der wirtschaftlichen Entwicklung Thüringens fortsetzen, für die er sich immer eingesetzt hat und für die er als Ministerpräsident natürlich jetzt auch in einem hohen Maß verantwortlich ist.

Das wirtschaftliche Wohlergehen Thüringens hängt nahezu ausschließlich vom Mittelstand ab. Dass sich der von der Industrie erwirtschaftete Umsatz in den letzten 15, 16 Jahren vervierfacht hat, dass sich die Exportquote nahezu verdoppelt hat und dass 80% dieser Umsätze aus den kleinen und mittleren Unternehmen stammen, sind sozusagen die Kennziffern, die zeigen, wie hart für eine solche Dynamik auch gearbeitet werden musste. Deshalb hat die Stärkung des Mittelstandes für einen Politiker wie Dieter Althaus natürlich oberste Priorität. Aber das sagt sich in der Überschrift so leicht. Das muss dann ja auch mit Taten ausgefüllt werden, die von einer Bundesregierung sicherlich vorgegeben werden können, die aber in einem Bundesland, das im Wettbewerb mit anderen steht, immer wieder auch heruntergebrochen werden müssen.

Thüringen hat sich entschieden, Verbundprojekte durchzuführen und Netzwerke aufzubauen, d. h. den Gedanken des Mittelstandes nicht durch Zentralisierung zu ersetzen, sondern Möglichkeiten der Kooperation zu finden, die aus einzelnen Stärken eine größere gemeinsame Stärke machen. Da

gibt es z. B. Cluster und Netzwerke für die Bereiche Biotechnologie, Kfz-Technik und Photonik. Es ist angesichts des Standes, den wir in Bezug auf die Realisierung Ende der 80er Jahre bzw. Anfang der 90er Jahre hatten, nicht so ganz einfach gewesen, das auch wirklich in Spitzenleistungen umzusetzen. Der Wettbewerb ist natürlich hart.

Es ist in Thüringen immer klar gewesen, dass wir das nur mit Innovation und Kreativität schaffen können. Durch diese beharrliche Präsenz innovativer mittelständischer Unternehmen hat es Thüringen jetzt auch geschafft, sich einen Ruf zu erwerben, bei dem auch größere Investoren den Fuß in das Land setzen. Ich durfte dabei sein, als Lufthansa und Rolls-Royce die Grundsteinlegung für ihr Instandhaltungswerk für Triebwerke bzw. Flugzeugtechnologie in Thüringen gefeiert haben. Auch das ist ein Meilenstein für neue Möglichkeiten. Zu verdanken ist das dem beharrlichen Einsatz von Dieter Althaus und anderen aus Thüringen dafür, dass Infrastruktur gebaut werden und man sich dazu bekennen muss, dass Mobilität ein Teil unserer Welt des 21. Jahrhunderts ist, in der wir erfolgreich sein wollen. Das hat natürlich auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Thüringen heute gut angebunden ist, dass Thüringen mit Hessen eng verwoben ist, dass man schnell zu den Zentren des Rhein-Main-Gebietes gelangen kann, dass man erreichbar ist und immer wieder gesagt hat, dass man das auch sein will.

Nun ist die Frage: Wie kann eine Laudatorin wie ich einen Beitrag dazu leisten, dass das, was in Berlin geschieht, nicht konterkarierend auf das wirkt, was Dieter Althaus in Thüringen möchte?

Ich möchte erst einmal für eine wirklich gute Zusammenarbeit danken. Ordnungspolitik und das Verständnis dafür ist die eine Sache. Aber Mittelständler wissen andererseits auch zu schätzen, wenn bei einer generell gut ausgeprägten ordnungspolitischen Linie ab und an noch ein

Herz für den Einzelfall vorhanden ist. Auch das hat schon viel zustande gebracht. Wenn einer einmal in Not ist, wenn die Gesamtheit einmal etwas braucht, muss man auch als Politiker, vielleicht anders als ein Finanzexperte, in der Lage sein, menschliche Schicksale zu erkennen und Entscheidungen darüber treffen, ob man jemandem etwas zutraut oder nicht.

Ich muss Ihnen sagen: Mir wird bei aller Achtung vor Basel II und allem, was wir haben, manchmal ein kleines bisschen Bange. Soziale Marktwirtschaft in Deutschland hat immer nur funktioniert, weil der Mensch dort auch zu Gange sein durfte, weil es noch ein paar Freiräume gab, in denen man Zutrauen, Vertrauen oder Misstrauen wirken lassen konnte. Wenn alles nach Schablonen gerichtet wird, wird es für Deutschland nicht besser werden. Deshalb muss ein Stück Mut zur Lücke auch in einer globalen Welt möglich sein. Ansonsten wird manches nicht klappen.

Deshalb führen wir auf Bundesebene Initiativen zum Bürokratieabbau durch. Das, was vielleicht theoretisch anmutet, ist vielleicht eine der qualitativ großen Veränderungen. Wir haben eine rechtliche Grundlage dafür geschaffen, einen Normenkontrollrat einzusetzen, der sich mit Bürokratieabbau befasst. Wir haben sicherheitshalber die rechtliche Grundlage so strukturiert, dass der Bundespräsident die Mitglieder beruft und auch darüber wacht, wie sie arbeiten. Er hat uns also sozusagen noch eine unabhängige Instanz geschaffen. Das Ziel ist, 25% der Berichts- und Statistikpflichten, die sich in Deutschland angehäuft haben, abzuschaffen. Um zum ersten Mal eine quantifizierbare Form des Bürokratieabbaus durchführen zu können, haben wir uns der Erfahrungen aus Holland und Großbritannien bedient. Dort hat man solche Normenkontrollräte.

Man muss dann – das wird Ihnen als Mittelständler sofort einleuchten – erst einmal einen

Basis-Check durchführen, also eine Standardkostenvormessung, damit man weiß, was überhaupt alles an Kontroll- und Berichtspflichten vorhanden ist, um dann auch quantifizierbar nachweisen zu können, ob man etwas reduziert hat oder nicht. Ich möchte Sie alle hier in diesem Raum auch um tätige Mithilfe für ein solches Unterfangen bitten, weil bei uns etwas längerfristig angelegte Projekte – es geht hier um zwei Jahre – manchmal gar nicht mehr die Chance haben, überhaupt erst zu starten, weil bereits vorab gesagt wird, dass es überhaupt keinen Sinn habe. Es endet dann, wie es schon so oft geendet hat. Das ist eine der großen Gefahren der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben schon so viel an Misserfolgen erlebt, dass wir dazu neigen, den Erfolg als eine Möglichkeit gar nicht mehr genug zu protegieren. Sie wissen aber als Mittelständler: Wenn Sie ein Konzept erstellen und sich überlegen, welche Risiken es geben könnte, aber nicht mehr über die Chancen nachdenken, dann führt das nicht weit. Positives Denken ist etwas, was Dieter Althaus immer ausgezeichnet hat und was ihn auch in den Beratungen der Bund-Länder-Fragen, die wir haben, auszeichnet. Dafür auch ein herzliches Dankeschön.

Bürokratieabbau ist also etwas, was für den Mittelstand wichtig ist. Ich habe einen Unterstützer bei der Frage der Novelle der Erbschaftsteuer. Ich darf Ihnen sagen, dass wir noch im Oktober die Veränderung des Erbschaftsteuerrechts ins Kabinett einbringen werden, mit dem Ziel, dass Personengesellschaften für das mindestens über 10 Jahre im Betrieb verbleibende Vermögen keine Erbschaftsteuer mehr zahlen werden.

Ich glaube, dass das neben der faktischen Entlastung, die sich dahinter verbergen wird, auch ein symbolisches Thema ist, weil natürlich gerade die, die in Familienunternehmen tätig sind, sich heute bei den schnellen Möglichkeiten von Gewinn und Verlust in der modernen Kapitalmarktgesellschaft oft fragen: Lohnt sich eigentlich unser lang-

> *Laudatio – Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel*

fristig angelegtes Engagement? Deshalb glaube ich, dass Zeichen und Gesetze wie dieses von allergrößter Wichtigkeit sind. Deshalb werden wir das auch gemeinsam in Bundestag und Bundesrat durchsetzen.

Wir werden uns auch dem Thema Unternehmensteuerreform zuwenden. Wir werden in die Körperschaftsteuer keine neuen Substanzbesteuerungselemente einbauen. Da muss keiner Sorge haben. Aber wir erleben bei der Diskussion um die Unternehmensteuerreform natürlich auch, dass von der Diskussion bei der UMU bis zur Diskussion beim BDI ein weites Feld ist. Ich habe heute bei anderer Gelegenheit, bei der auch Herr Prof. Berger anwesend war, gesagt, dass es angesichts der angehäuften Besitzstände in Deutschland zu den inspirierendsten und ein bisschen Intuition verlangenden Aufgaben gehört, zwischen den ganz Großen, den Mittleren und den Kleineren immer die richtige Schneise zu finden. Die Frage, wer zum Schluss zufrieden und wer unzufrieden ist, wird natürlich von jedem einzelnen Partizipanten genau überprüft. Wir als Politiker stehen dann für die Gesamtverantwortung.

Für mich ist aber eines klar: Wir haben – und das ist auf die Kommastelle fast gar nicht zu realisieren – eine rechtsformneutrale Besteuerung der Unternehmen in Deutschland versprochen. Deshalb wird es klar sein, dass bei einer Unternehmensteuerreform z. B. die Thesaurierung von Vermögen auch eine ganz besondere Rolle spielen wird, um einfach ein Äquivalent zu der Tatsache zu setzen, dass Personengesellschaften, Familienbetriebe Einkommensteuer zahlen müssen.

Wenn wir uns alle große Mühe geben, glaube ich, dass wir hier einen Weg finden, um zwischen endlichen Entlastungen, internationalen Forderungen nach Vergleichbarkeit von Steuersystemen und der Rechtsformneutralität einen vernünftigen Ausgleich zu setzen.



v.r. Prof. Reinhold Würth, Elfriede Biedermann, Präsidentin Verband Deutscher Architekten, Gerhard Zach, Verband Deutscher Architekten, Vorsitzender Landesgruppe Bayern, Bundeskanzlerin Dr. Merkel, Robert Winzinger, Freier Architekt VDA, Michael Schilling, Persönlich haftender Gesellschafter Bankhaus Reuschel & Co.,

Mathias Valentin, Vorstandsvorsitzender PACT AG, Präsident Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM, Ministerpräsident Althaus, Dieter Ibielski, Geschäftsführender Präsident Union Deutscher Unternehmensberater e.V. - UDU, Günther Riedel, Vorstandsvorsitzender Nürnberger Beteiligungs-AG



Bundeskanzlerin Dr. Merkel mit der Enkelin von Konrad Adenauer Bettina Adenauer-Bieberstein



Bundeskanzlerin Dr. Merkel im Gespräch mit Dagmar von Taube, Chefredakteurin der Welt am Sonntag, re.: Horst Claßen, Ministerialdirigent, Bundeskanzleramt

Meine Damen und Herren, ich habe die Punkte Unternehmensteuerreform, Erbschaftsteuerreform und Bürokratieabbau angesprochen. Ich möchte ein viertes Element nennen, das mit Thüringen ganz eng verbunden ist. Das ist die Kraft der Innovation. Wir haben mit dem Forschungsscheck, der erwähnt worden ist, ein Instrument in Thüringen, das aus meiner Sicht sehr wichtig dafür ist, um im Mittelstand die Möglichkeit der Innovation fester zu verankern. Wir alle wissen, dass das Problem von mittelständischen Unternehmen oft die schwache Eigenkapitalbasis ist, d. h. die mangelnde Fähigkeit, über Jahre hinweg beliebig viel in Forschungsaktivitäten zu investieren, weil man die Ergebnisse noch nicht kennt und damit auch sehr begrenzte Spielräume hat.

Wir haben das Problem jetzt im Rahmen unserer »High-Tech-Strategie Deutschland« aufgenommen, indem wir auch neue Instrumente gerade für den Mittelstand entwickelt haben und z. B. die Forschungsprämie installieren werden. Sie hat eine ähnliche Wirkung wie der Forschungsscheck. Wenn Mittelständler an Fachhochschulen oder Universitäten Forschungsaufträge vergeben, werden Zuschüsse in Höhe von 25 % durch die Bundesregierung gewährt. Das ist ein Beitrag dazu, dass wir von der ausgeprägten Neigung des Deutschen zur Theorie – ich darf das als theoretische Physikerin sagen – wegkommen. Die Idee ist gut, das Patent ist angemeldet, aber leider haben wir es nicht immer geschafft, vom Patent auch wirklich zum Produkt zu kommen. Richtig Geld verdient man im Allgemeinen erst, wenn man das Produkt auch an den Mann oder an die Frau bringt. Deshalb darf uns das, was uns beim Computer, beim MP3-Player oder beim Fax passiert ist, nicht unendlich oft wieder passieren, nämlich dass andere das Geschäft mit unserer Idee machen.

Deshalb muss der Bogen von der Idee zum Produkt gespannt werden. Das ist ein großer Wesens-

➤ *Laudatio – Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel*

zug dessen, was wir mit der »High-Tech-Strategie Deutschland« machen. Wir setzen in dieser Legislaturperiode sechs Milliarden Euro mehr für diesen gesamten Bereich ein. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiges Zeichen ist. Es ist allerdings auch damit verbunden, dass wir von der Wirtschaft erwarten, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass in Deutschland im Jahre 2010 3 % unseres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Innovation aufgewendet werden.

Die, die hier sitzen, sind sich darin einig, dass das Wort des Bundespräsidenten richtig ist: Wir können nur so viel teurer sein, wie wir besser sind. Alles andere ist ein Leben von der Substanz. Unser Schicksal liegt deshalb in der Fähigkeit zur Innovation. Hier muss sich etwas im Denken ändern. Ich denke, dass die neuen Bundesländer hierfür ein Beispiel sind – Thüringen in ganz besonderer Weise – und dass wir an dieser Stelle mental noch einen weiten Weg in Deutschland zu gehen haben. Die Tatsache, dass wir uns jetzt in Deutschland zur Exzellenz bekannt haben, ist auch ein solcher mentaler Schritt, auch wenn der Süden dabei gut wegkommt. Aber das muss man einfach einmal hinnehmen, um dann noch motivierter kämpfen zu können. Ich glaube, dass es der richtige Schritt ist. So zu tun, als ob nach den Humboldtschen Idealen alle Universitäten gleich gut sind, hilft Deutschland insgesamt nicht weiter. Ich bin davon jedenfalls überzeugt.

Lieber Dieter Althaus, Du bist Ministerpräsident von Thüringen. Du führst dieses Land auf einen guten Weg. Die Kennziffern sind genannt worden. Eine davon ist die geringste Arbeitslosigkeit unter den neuen Bundesländern. Das ist eine abstrakte Größe. Die Arbeitslosigkeit ist immer noch viel zu hoch. Die Frage, wo die Wachstumspotentiale der nächsten Jahre herkommen, drängt uns.

Als jemand, der aus einem Land wie Mecklenburg-Vorpommern kommt, in dem heute schon die Zahl derer, die von Leistungen abhängen, auf

deren Höhe sie selber keinen Einfluss mehr haben, größer ist als die Zahl der Erwerbstätigen, weiß ich, wie wichtig es ist, die Kräfte des Unternehmertums und des Eingehens von Risiken zu stärken. Denn wenn man erst einmal in einer Demokratie eine Mehrheit hat, die diese Erfahrungen nicht mehr kennt, wird es auch immer schwieriger, für diese Erfahrung zu werben. Ganz Deutschland ist einem demographischen Wandel unterworfen, d. h., dass sich dieses Problem insgesamt verstärkt.

Die Kraft, die Dich leitet, ist aus meinem Verständnis heraus die Kraft eines Christen, der tief verwurzelt in der Katholischen Kirche den Sozialismus relativ schadlos überlebt hat. Das ist nur möglich gewesen, weil es so etwas wie Familie, Bindung, gelebtes Christentum in der früheren DDR gab. Die staatlichen Kräfte haben nicht dazu geführt, solche Fähigkeiten zu entwickeln. Aber die Deutsche Einheit konnte auch deshalb gelingen, weil es diese jenseits des Staates existierenden gemeinsamen Grundüberzeugungen gab. Diese sozusagen zu kräftigen – das haben wir dann nach der Deutschen Einheit auch gelernt –, ist nicht nur eine Aufgabe der neuen Bundesländer, sondern inzwischen auch zu einer gesamtdeutschen Aufgabe geworden.

So bist Du über die katholische Soziallehre der Sozialen Marktwirtschaft zutiefst verpflichtet. Wenn wir beide diskutieren, sind wir uns auch einig darin, dass angesichts der Globalisierung das Erfolgskonzept der Sozialen Marktwirtschaft vor einer schweren Bewährungsprobe steht. Die Soziale Marktwirtschaft ist in der Demokratie akzeptiert worden, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wussten: Wenn es meinem Betrieb gut geht, geht es mir als Arbeitnehmer auch gut. Diese einfache Botschaft gilt in der Welt der Globalisierung so nicht mehr. Es kann einem Betrieb heute sehr gut gehen und den Arbeitnehmern in Deutschland trotzdem nicht besonders gut. Das verursacht Verunsicherung. Deshalb wird es eine

unserer großen politischen Aufgaben sein, die wir nur mit Ihnen aus dem Mittelstand gemeinsam lösen können, ein Stück Langfristigkeit, Beständigkeit und auch Werthaltigkeit in die Ordnung des Wirtschaftens zu bringen, ohne dabei die Ordnungspolitik zu verraten.

Das ist das, was Dich auch kennzeichnet, wo Du neu denkst. Das ist z. B. der Gedanke des Bürgergeldes, zu dem ich Dir heute noch nicht gratulieren kann, zu dem ich aber eine faire Überprüfung und faire Diskussion verspreche. Das ist ein sehr neuer Gedanke mit vielen Fragezeichen, die von allen Seiten gesetzt werden. Ich bin aber sehr überrascht; Herr Professor Berger, wenn Sie sich in die Kämpferschar für dieses Bürgergeld einreihen und alle Unternehmer davon überzeugen, wäre das eine gute Botschaft. Ich glaube, wir müssen im 21. Jahrhundert neu denken, um die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft wieder zu vergrößern.

Deshalb, lieber Dieter Althaus, wünsche ich Dir, dass Du diesen Preis zum Einen als einen persönlichen Glückwunsch annimmst zu Deinem geradlinigen Weg, Politik für Menschen mit Herz, mit Verstand und mit Mut zur Neuerung zu gestalten. Und zum Zweiten für die Menschen, die Du in Thüringen hast und die Dich begleiten, die Dich stärken, die Dir gute Tipps geben und für all die, die in Thüringen dafür sorgen, dass dieser Freistaat eine gute Entwicklung im Reigen der Länder in Deutschland nimmt.

Herzlichen Dank, dass ich heute hier dabei sein darf. Herzlichen Glückwunsch an Dieter Althaus!



Rede des UMU-Mittelstandspreisträgers Ministerpräsident Dieter Althaus

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel, sehr geehrter Herr Sturm, lieber Herr Prof. Würth, sehr geehrter Herr Prof. Berger, sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Göring-Eckardt, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag, sehr geehrte Damen und Herren, und ganz besonders darf ich die Thüringerinnen und Thüringer begrüßen, die heute in großer Zahl hier sind, herzlich willkommen hier in Berlin.

Sie finden mich beschämt. Nach so viel Lob soll ich noch Dankesworte sprechen. Dass ich mit dem Mittelstandspreis geehrt werde, freut mich sehr. Ich nehme ihn stellvertretend für die etwa 80.000 Mittelständler in Thüringen entgegen. Denn sie haben letztlich die Leistung vollbracht, die Thüringen zu dem macht, was es heute unter den neuen Ländern und auch im Reigen aller Länder ist – ein starkes und zukunftsfähiges Mittelstandsland. Herzlichen Dank an die Mittelständler und auch an die, die in den letzten Jahren durch besondere Aufgaben als Präsidenten, als Vorsitzende, dazu beigetragen haben, dass der Mittelstand in Thüringen eine starke Stimme und eine starke Vertretung gegenüber der Politik hat.

Nun ist die Frage: Was gibt es nach den Laudationes Neues zu sagen? Eigentlich könnte ich nur sagen, dass wir gleich alle wunderbar dinieren und deshalb jede Rede überflüssig ist, aber ich will eines trotzdem ansprechen. Die Bundeskanzlerin hat, wie ich finde sehr zu Recht, die neuen Herausforderungen für die soziale Marktwirtschaft in Deutschland benannt. Ich denke, wir haben in den letzten Tagen gespürt, dass diese neuen Herausforderungen uns viel stärker als bisher gedacht, fordern werden. Dabei sind Politik und Wirtschaft und alle, die Verantwortung tragen, angesprochen.

Wenn man sich fragt, „Warum sind diese neuen Herausforderungen eigentlich entstanden? Was ist

so anders im Vergleich zu den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland, zu den Jahren, als Prof. Würth und andere aus kleinsten Unternehmen starke mittelständische und weltweit agierende Unternehmen gemacht haben?“, dann ist die Antwort relativ einfach: Andere haben ebenfalls gelernt, was damals unsere Stärke war. Mit anderen sehr leistungsfähigen Volkswirtschaften sind wir heute überall in der Welt in einem harten Wettbewerb.

Thomas Friedman, dreimal Pulitzer-Preisträger und New-York-Times-Kolumnist, hat das inzwischen auch in Deutschland erhältliche Buch »Die Welt ist flach« geschrieben. Er beschreibt darin die eigentliche Herausforderung: Wir rücken enger zusammen. Als Gründe dafür benennt er zehn Faktoren. Besonders spannend finde ich die zwei Argumente, die er an den Anfang stellt.

Der erste Faktor ist der 9. November 1989. Dieses Datum hat die Welt ganz grundsätzlich verändert, weil damit zum einen die europäische Teilung aufgebrochen und die deutsche Einheit ermöglicht wurde, zum anderen weil damit die Globalisierung, die schon über Jahre in vollem Gange war, auch in Deutschland und Europa mit voller Wirkung spürbar wurde.

Und das zweite Argument, der zweite Faktor, ist etwas, das wir alle wie selbstverständlich nutzen, aber das die Welt total verändert hat, politisch wie wirtschaftlich. Am 9. August 1995 wurde das World Wide Web über die Welt gespannt. Überall auf der Welt sind in Millisekunden die gleichen Informationen verfügbar.

Und deshalb ist die Herausforderung heute eine ganz andere als in den 1950er Jahren. Auch der Mittelstand steht vor dieser neuen Herausforderung. Was geblieben ist, ist seine gleiche Grundstruktur. Mittelständische Unternehmen sind in aller Regel regional verwurzelt, verfügen über ein



Festschrift Dieter Althaus

persönlich, meist familiär, geprägtes Management. Und auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören in der Regel fast schon zur Familie. Und deswegen ist es, denke ich, wichtig, dass die Mittelstandspolitik, die Wirtschaftspolitik, in Deutschland wieder genauso wie in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren sich deutlich aus der Persönlichkeit heraus entwickelt, aus der persönlichen Verbindlichkeit und Betroffenheit eines jeden, der im Unternehmen auch am Ende einen Erfolg einzubringen hat.

Die Anonymität bringt in Deutschland eine besondere Spannung, bringt Neiddiskussionen, bringt die Diskussionen um Schwarze Peter, um Zuständigkeiten und treibt ein Stück weit auch die Gesellschaft auseinander. Und am Ende steht die Politik, die Spielregeln setzt, ohne Unterstützer da. Die Menschen verabschieden sich aus der Gestaltungsaufgabe der Demokratie. Die, die besonders leistungsfähig und mobil sind, suchen ihre Freiheitsräume, und andere werden immer stärker an den Rand gedrängt und fühlen sich nicht mehr beteiligt.

Also gilt es, so meine ich, wieder wie in den 1950er Jahren ein Stück stärker Gemeinschaft zu leben.

Das erreicht man nicht, davon bin ich tief überzeugt, indem man kräftig moralisiert. Das ist Deutschland angeboren: moralisieren und emotionalisieren. Nicht die Moralität ist das Entscheidende, sondern wieder die Stärke, gemeinsam unsere Wirtschaft voran zu bringen. Die Moralisierung, die in den letzten Jahren zugenommen hat, treibt die Gesellschaft in einer freiheitlichen Ordnung eher auseinander. Wir müssen wieder deutlich machen, dass eine starke Wirtschaft, ein Unternehmertum, das auch durch die Politik gefördert wird, nichts Asoziales ist, sondern im Gegenteil die Grundvoraussetzung, um sozial erfolgreich zu handeln.



Und nun komme ich zu meiner Motivation. Hier sitzen einige, die den 9. November 1989 in meiner Heimatstadt erlebt haben, Manfred Grund zum Beispiel. Meine Mutter hat am 10. November nicht zu mir gesagt „Ärmel hoch und jetzt Thüringen helfen!“, sondern „Jetzt musst Du in den Westen gehen!“. Wir haben das vor 1961 mit drei Kindern leider nicht getan, weil wir unsere Heimat nicht aufgeben wollten. Und dann kam der 13. August und wir haben gesagt: „Nein, wir wollen hier verändern und wollen unsere Erfahrungen in die Gestaltung unserer Heimat einbringen“.

Andere sind schnell gegangen, viele sind schnell gegangen, besonders die Eliten. Aber eine Gesellschaft braucht Eliten in allen Gruppen, in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Medizin und ich hoffe auch in der Politik, denn die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft hängt ab von der Fähigkeit, Eliten herauszufinden, sie zu fördern und maximal zu unterstützen. Zeiss, Schott und Abbe waren die Stärken von Jena, die bis heute nachwirken. Geniale Typen, die damals in ihrer Genialität dieser Stadt Perspektive gegeben haben, die bis heute nachwirkt, auf der man sich aber heute nicht ausruhen kann, sondern die man heute nutzen kann und muss.

Der 9. November 1989 prägt mich, wie viele andere, bis heute und macht mich auch stolz auf das, was wir gemeinsam als Deutsche in Europa erreicht haben. Denn das Glas ist nicht nur halb voll, das Glas ist weitaus voller. Wenn man sieht, was heute in den neuen Ländern, auch in Thüringen, entstanden ist, dann muss man stolz und dankbar sein, denn wir haben eine Aufbauleistung gemeinsam erbracht, die dieses Land in der Mitte Deutschlands, in der Mitte Europas, wieder zum Erblühen gebracht hat.



Und deshalb ist mir – mit Blick auf unseren starken Thüringer Mittelstand – auch nicht bange um die Zukunft. Denn, so wie Ludwig Erhard es ausgedrückt hat, erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen, die Zukunft zu gestalten.

Deshalb nochmals Danke für den Preis. Ich nehme ihn stellvertretend für alle, die in den letzten 16 Jahren Thüringen vorangebracht haben.

Wenn Sie jetzt über die wunderschöne Landschaft Thüringens oder auch Deutschlands blicken, sehen Sie oft Kinder, die einen Drachen fliegen lassen. Und wenn Sie sich einmal genauer mit dem Drachenfliegen befassen, dann werden Sie feststellen, Drachen steigen dann am höchsten, wenn sie gegen den Wind gesteuert werden.

Ich hoffe, wir haben auch in Zukunft den Mut, nicht immer nur mit dem Wind, sondern wenn es notwendig ist und wenn wir Erfolge haben wollen, auch einmal gegen den Wind zu steuern.

Vielen Dank.





Bundeskanzlerin Merkel trägt sich in das Gästebuch des Würth-Hauses ein



Robert Friedmann, Sprecher der Konzernführung der Würth-Gruppe (re.) und Norbert Bamberger, Leiter Büro Prof. Würth



v.l. Günther Riedel, Vorstandsvorsitzender Nürnberger Beteiligungs-AG, und Uwe Klaus, Geschäftsführer CP Forum GmbH & Co. KG



Maria Bruns, Bruns Pflanzen-Export GmbH & Co. KG, und Werner Küsters, Präsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V. - BDWi

v.l. Wolfgang Dambmann, Vorstandsvorsitzender Dresdner Bank Lateinamerika AG, und Dr. Friedrich Homann, Ministerialdirektor a.D., Präsidialbeirat UMU



v.l. Hermann Sturm, Uwe H. Reuter, Vorstandsvorsitzender Vereinigte Hannoversche Versicherung V.a.G., Bettina Brennecke, Geschäftsleitung GlaxoSmithKline GmbH & Co. KG



v.l. Christian DuMont Schütte, Geschäftsführer Verlagshaus DuMont Schauberg, Wolfgang Dambmann, Vorstandsvorsitzender Dresdner Bank Lateinamerika AG, Gerd Kühn, Chefredakteur Unternehmernmagazin impulse



v.l. Dr. Hermann J. Kurth, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau, und Gunther Hartwig, Südwest Presse



v.l. Michael Schilling, Persönlich haftender Gesellschafter Bankhaus Reuschel & Co., Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, UMU-Präsident Hermann Sturm, Eilfriede Biedermann, Präsidentin Verband Deutscher Architekten, Prof. Reinhold Würth

Prof. Roland Berger und Manfred Kurz, Leiter Würth-Haus



v.l. Katharina Althaus, Dieter Althaus, Jürgen Pinne, Präsident Deutscher Steuerberaterverband, Gerd Kühn, Chefredakteur Unternehmernmagazin impulse, Dr. Angela Merkel, Werner Küsters, Präsident BDWi, Basilios Tsiounis, Vizepräsident Europäische Union Mittelständischer Unternehmen, Kifissia-GR





v.l. **Dieter Ibielski**, Geschäftsführender Präsident UDU, **Markus Guhl**, Bundesgeschäftsführer Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft e.V. - BDWi, **Volker Kauder**, MdB, Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Werner Küsters**, Präsident BDWi



Dr. Heike Grimm, Leiterin Erfurt School of Public Policy, und **Hanns-Jürgen Redeker**, Präsident Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau



Ministerpräsident Althaus und **UMU-Präsident Sturm**



v.l. **Rolf-Roger Hoepfner**, Präsident Deutscher Finanzierungs- und PPP Beratungsverband für die öffentliche Hand e.V. - DFPPP und **Dr. Ralf Zeppernick**, Ministerialdirigent, Bundeswirtschaftsministerium



v.l. **Prof. Dr. Fritz Spelsberg**, **Monika Zeschky**, **Stephanie Spelsberg**, **Hans-Werner Zeschky**, Präsident BM



Bundestkanzlerin Merkel im Gespräch mit den griechischen Gästen, **Basilios Tsiounis**, Vizepräsident Europäische Union Mittelständischer Unternehmen EUMU, Kifissia (re.), **Dimitrios Maos**, Präsident EUMU-Griechenland, Athen (li.)



Dr. Armgard Wippler, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie - BMWi, und **Ulrich Schönleiter**, Ministerialrat, BMWi



v.l. **Michael Schilling**, Pers. haftender Gesellschafter Bankhaus Reuschel & Co., **Hans-Werner Zeschky**, Präsident Bundesverband Deutscher Mittelstand e.V. - BM, **Mathias Valentin**, Vorstandsvorsitzender PACT AG, Präsident BM



Katharina und **Dieter Althaus** mit **Volker Kauder**, MdB, Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Bundestkanzlerin Angela Merkel begrüßt **Prof. Dr.-Ing. Victor Rizkallah**, Präsident Ingenieurkammer Niedersachsen a.D.



v.l. **Christine Scheel**, MdB, UMU-Mittelstandspreisträgerin 2000, **Prof. Dr. Axel Pestke**, Hauptgeschäftsführer Deutscher Steuerberaterverband, **Rolf Leuchtenberger**, Präsident i. R. Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe



v.l. Ministerpräsident Althaus, Robert Winzinger, Freier Architekt VDA,
Gerhard Zach, Verband Deutscher Architekten,
Vorsitzender Landesgruppe Bayern



Hans Jochen Henke, Staatssekretär a.D., Generalsekretär Wirtschaftsrat
Deutschland e.V. (li.) im Gespräch mit Prof. Würth und Manfred Kurz



Dr. Armgard Wippler, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie BMWi,
Hartmut Schauerte, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im BMWi,
Werner Küsters, Präsident Bundesverband der Dienstleistungswirtschaft (v.l.)



Gunda Magenau, Unternehmerin und Bernd Magenau, Dipl.-Ing.



v.l. Dr. Rufus Barette, und Arno Barette, Präsidiatsbeirat
Zentralverband Deutscher Ingenieure



v.l. Prof. Reinhold Würth, Ingrid Minnameier, Hotelier, Friedrich Bauer,
Präsident Union Freier Architekten



v.l. Prof. Dr.-Ing. Victor Rizkallah, Präsident der Ingenieurkammer Nieder-
sachsen a.D., Erich Hutter, Präsident UFB/UMU Österreich, Salzburg,
Dr.-Ing. Carl August Günther, Vorsitzender Europäischer Rat der Ingenieure
des Bauwesens e.V. - ECCE - Deutsche Sektion



v.l. Michael und Eva Schilling, Prof. Dr. Carsten Ahrens,
Senior-Vizepräsident ECCE London-Brüssel



v.l. Norbert Bamberger, Adolf Würth GmbH & Co. KG, Dr. Christoph E.
Palmer, MdL, Staatsminister a. D., Dr. Harald Unkelbach,
Mitglied der Konzernführung, Adolf Würth GmbH & Co. KG



Prof. Berger und Prof. Würth



v.l. Harald Kussin, Unternehmensberater, und Erhard Steiner,
Vizepräsident Bundesverband Deutscher Geschäftsführer
und Vorstandsmitglieder



Prof. Würth und Mitarbeiter auf der Terrasse des Würth-Hauses:
v.l. Dr. Harald Unkelbach, Mitglied der Konzernführung,
Prof. Reinhold Würth, Norbert Bamberger, Leiter Büro Prof. Würth,
Robert Friedmann, Sprecher der Konzernführung

Ehrengäste aus Thüringen



v.l. Rolf Ostermann, Präsident Handwerkskammer Erfurt, und Niels Lund Chrestensen, Präsident Industrie- und Handelskammer Erfurt



v.l. Dr. Franz von Falkenhausen, Präsident IHK Ostthüringen, Volker Blumentritt, MdB, Siegfried Creutzburg, Geschäftsführ. Gesellschafter Gotha Druck GmbH



v.l. Stefan Lange, Freier Bausachverständiger UFS, Heinz Naumann, Ehrenpräsident ZDI, Johann Straub, Präsident Bundesverband Deutscher Grundstückssachverständiger



Dieter Althaus mit Basilios Tsiounis, Vizepräsident EUMU, Kifissia - GR



v.l. Siegfried Creutzburg, Geschäftsführ. Gesellschafter Gotha Druck GmbH, und Matthias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender Thüringer Aufbaubank



Dieter Althaus und Thomas Kretschmer, MdL, Stellv. CDU-Fraktionsvorsitzender



v.l. Friedrich Marx, Geschäftsführer Profi.Tel GmbH, Marc Mauermann, Leiter Vertrieb Mittelstand, Vodafone D2 GmbH, Claudia Homburg, Vodafone D2 GmbH



v.l. Günter Nossinske, Freier Architekt VDA, und Markus Golla, Landesvorsitzender VDA Berlin-Brandenburg



v.l. Volkmar Uwe Vogel, MdB, Katharina Althaus, Manfred Grund, MdB



v.l. Günter Nossinske, Freier Architekt VDA, Josef Krätz, Gastronom, BM, Prof. Dr. Lech Zimowski, Verwaltungsrat EUMU, Poznan - PL



v.l. Hartmut Schauerte, MdB, Parl. Staatssekretär beim BMWi, Maria Bruns, Bruns Pflanzen-Export GmbH & Co. KG, Dr. Hermann J. Kurth, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (li.), im Gespräch mit Günther Riedel, Vorstandsvorsitzender Nürnberger Beteiligungs-AG, Nürnberg



v.l. Werner Neudecker und Markus Kirner, Vorstände der UFB/UMU AG



v.l. Dr. Michael Wüllrich, Rechtsanwalt, und Karl Jörg Bieberstein, Ministerialrat a.D., UMU-Präsident a.D.



Elfriede Biedermann, Präsidentin Verband Deutscher Architekten, und Erwin Binegger, Vorsitzender Bayern der Union Beratender Ingenieure



v.l. Robert Friedmann, Sprecher der Konzernführung der Würth-Gruppe und Uwe H. Reuter, Vorstandsvorsitz. Vereinigte Hannoversche Versicherung V.a.G.



v.l. Bundeskanzlerin Merkel, UMU-Präsident Sturm, Prof. Roland Berger, Dagmar von Taube, Chefredakteurin Welt am Sonntag, Uwe Spindeldreier, Bundespresseamt,

Horst Claßen, Bundeskanzleramt, Robert Friedmann, Würth-Gruppe, Uwe H. Reuter, VHV, Dr. Martin Posth, Vorstand a.D. Volkswagen AG



v.l. Hans-Werner Zeschky, Präsident BM, Christian DuMont Schütte, Geschäftsführer Verlagshaus DuMont Schauberg, Robert Rademacher, Präsident ZDK



Ministerpräsident Althaus im Gespräch mit dem Chefredakteur des Unternehmermagazins impulse, Gerd Kühlhorn



v.l. Alfons Kraus, Präsidialbeirat UMU, und Reimer Runge, Vorstand UFB/UMU AG



v.l. Franz-Josef Reuter, Direktor Public and International Affairs, Dröge & Comp., und Prof. Dr. Axel Pestke, Hauptgeschäftsführer Deutscher Steuerberaterverband e.V.



v.l. Dr. Peter von Borch, Hauptgeschäftsführer UMU, und Dr. Hans-Friedrich von Schierstädt, Geschäftsführer Schierstädt'sche Erben GmbH



v.l. Birte Meyer, Allianz ProzessFinanz GmbH, Mathias Valentin, Vorstandsvorsitzender PACT AG, Präsident BM, Dr. Arndt Eversberg, Geschäftsführer Allianz ProzessFinanz GmbH, Lotar Schmidt, Hauptgeschäftsführer Verband der Wirtschaft Thüringen e.V.



Bundestaglerin Merkel, Gerd Kühlhorn, Chefredakteur impulse, Hermann Sturm, Prof. Roland Berger



v.l. Dr. Manfred Boese, Vorsitzender Berliner Salon e.V., und Dr. Michael Franz, Vorstand HEIMAG



Christine Scheel, MdB, und Uwe Klaus, CP Forum GmbH & Co. KG

v.l. Jochen Wolff, Chefredakteur SUPERillu, und Frank Rosemann, Hubert Burda Medien



Tina Sommer, Präsidentin European Small Business Alliance, Brüssel/London und Dieter Ibielski, Geschäftsführender Präsident Union Deutscher Unternehmensberater e.V.



Dieter Althaus und Prof. Roland Berger



v.l. Dr. Matthias Henkel, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, und Dr. Michael Miltzer, Vorstand MITEC Automotive AG



Dr. Martin Posth, Vorstand a.D. Volkswagen AG, und Michael Schilling, Persönlich haftender Gesellschafter Bankhaus Reuschel & Co. (v.l.)

Sepp Krätz, Münchner Gastronom und Oktoberfestwirt überreicht Bundeskanzlerin Merkel ein Andenken an das Münchner Oktoberfest



v.l. Prof. Wolfgang Kleiber, Ministerialrat a.D., Johann Straub, Präsident Bundesverband Deutscher Grundstückssachverständiger e.V., Prof. Dr. Axel Pestke, Hauptgeschäftsführer Deutscher Steuerberaterverband e.V., Antje Tillmann, MdB



Bettina Brennecke, Geschäftsleitung GlaxoSmithKline GmbH & Co. KG, und Alexander von Witzleben, Vorstandsvorsitzender Jenoptik AG



v.l. Uwe Spindeldreier, Bundespresseamt, und Horst Claßen, Ministerialdirigent, Bundeskanzleramt



v.l. Bernd Seelow, Direktor Nürnberger-Beteiligungs-AG, Dr. Dietrich Schaaf, Präsident Berufsverband der Apotheker e.V., Heinz Naumann, Ehrenpräsident Zentralverband Deutscher Ingenieure e.V.

Die Träger des UMU - Mittelstandspreises

1994

Dr. Ingo Friedrich
MdEP

Europaabgeordneter
und heutiger
Vizepräsident des
Europaparlaments



1995

Gunnar Uldall

damaliger wirtschafts-
politischer Sprecher
der CDU/CSU-Bun-
destagsfraktion und
heutiger Wirtschafts-
senator von Hamburg



1996

Dr. Hermann Otto Solms
MdB

damaliger Vorsitzender
der FDP-Bundestags-
fraktion und heutiger
Bundestags-
vizepräsident



1997

Gerhard Schröder

7. Bundeskanzler
der BR Deutschland

damaliger Minister-
präsident von Nieder-
sachsen



1998

Dr. Edmund Stoiber
MdL

Ministerpräsident
des Freistaates
Bayern



1999

Wolfgang Clement

damaliger Minister-
präsident von Nord-
rhein-Westfalen



2000

Christine Scheel
MdB

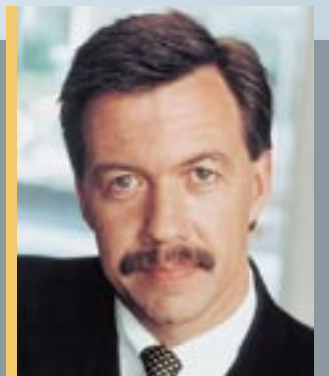
damalige Vorsitzende
des Finanzausschus-
ses des Deutschen
Bundestages



2001

Dr. Walter Döring

damaliger
Wirtschaftsminister
von Baden-
Württemberg



2002

Roland Koch
MdL

Ministerpräsident
von Hessen



2003

Friedrich Merz MdB

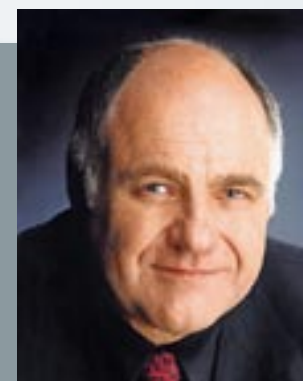
damaliger
stellvertretender
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion



2004

Rezzo Schlauch

damaliger parlament.
Staatssekretär im
BMW, Mittelstands-
beauftragter der
Bundesregierung



2005

Kurt Beck
MdL

Ministerpräsident
des Landes
Rheinland-Pfalz





Mit der Verleihung der Ehrenbezeichnung »UMU-Ehrenbotschafter des deutschen Mittelstandes« würdigt unser Verband Personen aus der Wirtschaft, die sich in besonderer Weise um den Mittelstand in Deutschland und Europa verdient gemacht haben.

UMU-Ehrenbotschafter



Jürgen Pinne

Präsident
Deutscher
Steuerberater-
verband e. V.



Wolfgang Dambmann

Vorstandsvorsitzender
Dresdner
Bank Lateinamerika AG



Basilios Tsiounis

Vizepräsident
Europäische Union
Mittelständischer
Unternehmen,
Kifissia-GR

Ergänzungen zur Ansprache von UMU-Präsident Hermann Sturm

Nachfolgende Bestandteile wurden aus Zeitgründen aus der Ansprache gekürzt.

1. Was ist der Mittelstand (kleine und mittlere Unternehmen - KMU)?

a) Wer zählt zum Mittelstand?

- Kleinst-Unternehmen und freie Berufe: bis 9 Beschäftigte
- Kleine Unternehmen: 10 bis 49 Beschäftigte
- Mittlere Unternehmen: 50 bis 499 Beschäftigte
- darüber: industrieller Mittelstand als inhabergeführte Familienunternehmen

b) Der Mittelstand – Rückgrat der deutschen Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft wird vor allem durch rund 3,4 Millionen kleine und mittlere Unternehmen und Selbständige in Handwerk, industriellem Gewerbe, Handel, Tourismus, Dienstleistungen und Freien Berufen geprägt.

Mittelständische Unternehmen

- stellen 99,7 % aller Unternehmen in Deutschland dar
- tätigen 40,8 % aller steuerpflichtigen Umsätze
- bieten 70,2 % der Arbeitsplätze an und
- bilden 81,9 % aller Lehrlinge aus.

Quelle b): BMWi

2. Weitere Anliegen und Forderungen unseres Verbandes

Der deutsche Mittelstand braucht folgendes:

- Abbau der Arbeitslosigkeit, der Bürokratie und eine Vereinfachung des Steuerrechts.
- Umbau der Sozialsysteme und des Arbeitsrechts - soziale Komponenten müssen für die unteren Einkommenschichten erhalten bleiben, auch Abfindungslösungen für den kleinen Mittelstand bei Kündigungen.
- Massives Vorgehen gegen die Schwarzarbeit und Mehrwertsteuerhinterziehung.
- Natürlich sind wir mit der Mehrwertsteuererhöhung nicht einverstanden, aber wenn sie schon sein muss, so soll sie zu 100 % direkt oder indirekt in den Arbeitsmarkt umgelenkt werden, denn nur Arbeit schafft **mehr** Wert.
- Förderung der Zuwanderung, gerade in den neuen Bundesländern, und attraktive Vorteile für die arbeitende Bevölkerung, damit sie dort bleibt.
- Schnellere Genehmigungszeiten für Großbauvorhaben.
- Sichere und kostengünstige Energieversorgung (Kernenergie, erneuerbare Energien und auch die „Mittelstands-Pipeline“ durch die Ostsee).
- Eine transatlantische Freihandelszone EU-Europa – USA (TAFTA) und Förderung der WTO-Handelsfreiheit.
- Neue Firmen, Arbeitsplätze und Defizitabbau.

Präsident Reagan hat die Grundlage für den beispielhaften Erfolg der Wirtschaftspolitik von Präsident Clinton gelegt. Das Gleiche übertragen wir auf die Bundesregierung und die Länderregierungen. Clinton schaffte in 8 Jahren: 22 Millionen neue Arbeitsplätze, 5 Millionen Firmengründungen, und ein Haushaltsdefizit von 400 Mrd. US-Dollar zu Beginn seiner Amtszeit in einen 100 Mrd. Dollar Überschuss danach umzuwandeln.

Wir begrüßen Ihre neue Initiative zum Bürokratieabbau, Frau Bundeskanzlerin. Ebenfalls unterstützen wir die vorgesehenen zentralen Maßnahmen, insbesondere das Standardkostenmodell zur Messung der Bürokratiekosten. Gegenwärtig bezieht sich dieses ausschließlich auf die Informationspflichten in der Wirtschaft. Diese machen aber nur etwa ein Fünftel aller Bürokratiekosten aus. Es sollte nicht geschehen, dass damit die kritische Überprüfung und notwendige Bereinigung der übrigen Bürokratiebereiche außen vor bleibt.

Ich rege auch an, dass das sehr gut gestartete Vorhaben des früheren Wirtschaftsministers mit den Pilotregionen unbedingt fortgesetzt wird. Hier muss es zu Entlastungen kommen, die auch gespürt werden. Insofern, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, denke ich an den Entwurf des 2. Gesetzes über die Bereinigung von Bundesrecht. Hier sind rund 50 Gesetze und Rechtsverordnungen aufgeführt, die abgeschafft werden sollen. Bei genauerer Betrachtung werden Sie jedoch entdecken, dass nahezu alle seit Jahren nicht mehr angewandt werden und zeitlich überholt sind. Wir brauchen Bürokratiekostenentlastungen, die uns tatsächlich wohl tun und Kosten senken.

Allerdings müssen wir immer wieder feststellen, dass gerade für Gründungsfinanzierungen bzw. Liquiditätsnotwendigkeiten, auf Bankenseite die Hürden sehr hoch gehalten werden. Dabei spielt nach unserer Kenntnis leider auch das BAFin mit seinen übertriebenen Regulierungsauswüchsen eine nicht gerade förderliche Rolle. Auch hier muss überlegt werden, mit welchen Anforderungen Unternehmen bei der Kreditvergabe belastet werden. Vor allem müssen Kreditentscheidungen schneller getroffen werden. Wir akzeptieren Basel II, wir hoffen aber auch, dass die vielfachen Bemühungen um Entlastungen für den Mittelstand letztlich auch zum Tragen kommen.

Wir begrüßen im Bereich der Finanzierung die Initiative für mezzanines Kapital.

Gesundheitsreform

Der jetzt verabschiedete Gesundheitsfonds ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Natürlich hätten wir uns ebenfalls eine Entkoppelung vom Arbeitseinkommen gewünscht, jedoch hoffen wir, dass dies alsbald geschieht.

Wir haben **eine** Pflegeversicherung, **eine** Deutsche Rentenversicherung Bund, **eine** Bundesagentur für Arbeit. Bei der Gesetzlichen Krankenversicherung haben wir heute über 250 Krankenkassen. Eigentlich bräuchten wir nur ein Dach mit drei selbständigen Operativ-Abteilungen – für aktive Arbeitnehmer, für Nicht-Erwerbstätige und für Kinder –, die regional durchaus miteinander konkurrieren könnten. Oder, erlauben Sie mir die Analogie, will der Professor aus Köln nun auch die Rentenversicherung wieder in 250 Teile aufspalten?

Wir brauchen aber Wettbewerb bei der Leistungserbringung. Die Ausgaben müssen runter, daher sollen die Krankenkassen, Kliniken, niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte, Apotheken und die Pharma-Industrie im wirklichen Wettbewerb stehen.

Thema Einzugskosten für den Gesundheitsfonds: Wenn hierzu eine Ausschreibung unter mittelständischen Unternehmen gemacht würde, z.B. regional, so könnten wohl Einsparungen erzielt werden.

Hier brauchen wir auch den Wettbewerb. Als Beispiel zwei Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Bayerische Architektenversorgung und die Architektenversorgung aus Nordrhein-Westfalen, ungefähr gleich alt und ähnlich groß:

Verwaltungskostensatz:

- Bayern ca. 2 %
- Nordrhein-Westfalen ca. 0,9 %.

Das heißt, über 100 % höhere Kosten in Bayern, und das bei halbstaatlichen Unternehmen gleicher Art!

Weiterhin möchte ich zum Thema Gesetzliche Krankenversicherung/Private Krankenversicherung nur noch einen Vergleich anführen:

Wie wäre es, wenn der Vorstand von Volkswagen nach der Kapital-Beteiligung der Porsche AG jetzt dem erfolgreichen Porsche-Management vorschlagen würde, wie man erfolgreich Autos baut und vermarktet?

Wir brauchen erfolgreiche Geschäftsmodelle wie die Private Krankenversicherung, und nicht die Fortschreibung Bismarck'scher Ideen seit über 120 Jahren. Das heißt, wir brauchen Reformen und Wettbewerb zwischen den Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen.

Was haben die Arbeitgeber bis 50 Mitarbeiter mit der Abführung der Sozialabgaben zu tun? Diese sollten vom Arbeitgeber nur an eine einzige Stelle, z. B. eine Lohn-Treuhand-Stelle, abgeführt werden, und damit sollten seine Verpflichtungen erfüllt sein.

Wir brauchen Unternehmer in Deutschland, die Zeit für Innovationen haben, und keine unbezahlten Hilfsarbeiter für die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuer.

Da ist zum einen die HOAI – Honorarordnung für Architekten und Ingenieure. Wir brauchen dringend eine Anpassung und Vereinfachung. Die Gebührensätze sind seit über einem Jahrzehnt unverändert. Das Leistungsspektrum hat sich jedoch deutlich geändert. Hier ist Handlungsbedarf. Ich möchte Sie persönlich bitten, sich des Themas anzunehmen. Wir brauchen dabei insbesondere auch den Erhalt der Beratungsleistungen als Planungsleistung. Wir haben hier gute Argumente, müssen aber fürchten, dass dies im Bundeswirtschaftsministerium noch nicht hinreichend gewürdigt wurde.

Seit mehr als fünf Jahren warten wir auf ein Gesetz der Bundesregierung zur Insolvenzversicherung für Unternehmer. Ein Entwurf liegt bereits seit etlicher Zeit vor, den wir im Grundsatz befürworten. Wir würden Ihnen gern einige wichtige zusätzliche Anregungen mitgeben, damit das Gesetz so auch sein Ziel erreicht.

Einer der wichtigsten Gründe für Erfolg: Begeisterung.

Für viele sind Schrauben und Werkzeuge unscheinbare Dinge. Für die Kunden, Geschäftspartner und Mitarbeiter der Würth-Gruppe haben sie aber eine besondere Bedeutung. Sie stehen für Qualität. Für innovative Befestigungssysteme. Für persönlichen Einsatz. Kurz: für die Begeisterung und den Erfolg des Handwerks.

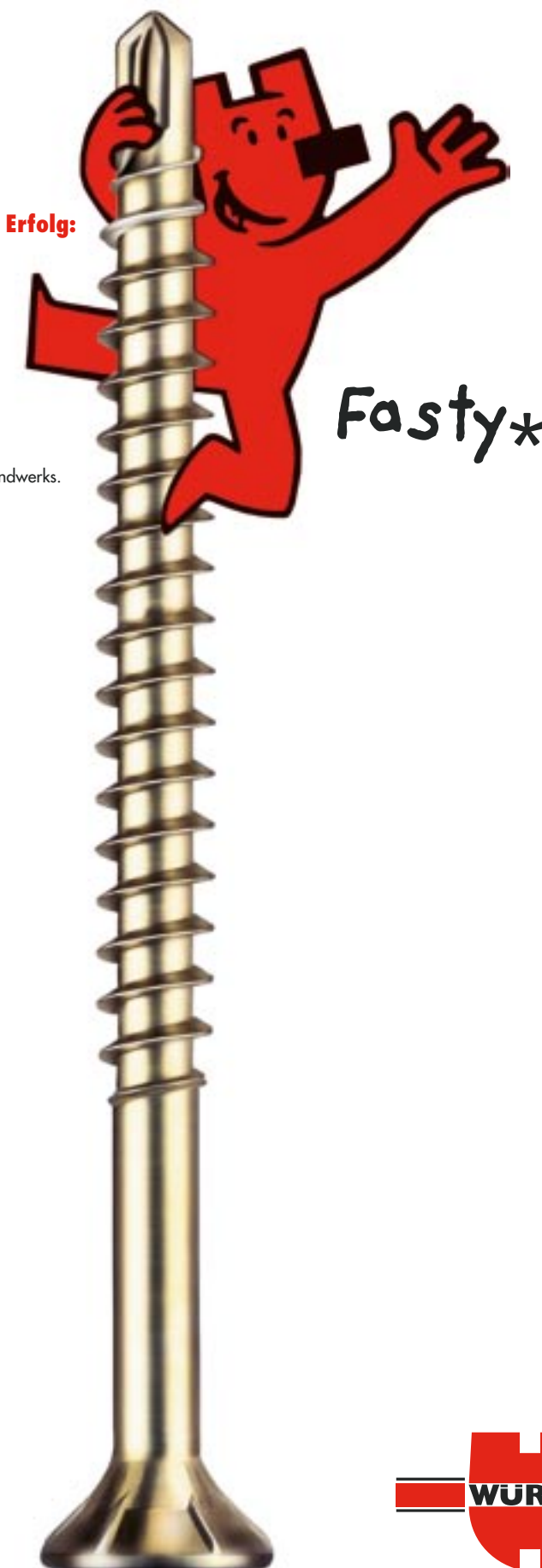
Dafür danken wir Ihnen.


**Hand-
werk
begeistert.**

Deutschland
Land der Ideen

Offizieller Partner

* Fasty ist das Maskottchen der Würth-Gruppe.



IMPRESSUM

UNION MITTELSTÄNDISCHER UNTERNEHMEN e.V. - UMU

D-80686 München · Edelsbergstr. 8 · Tel. (089) 57 007-0 · Fax (089) 57 007 260

E-Mail: info@umu.de · www.umu.de

Alle Rechte vorbehalten.

Druck oder Vervielfältigung, ganz oder teilweise, auf Anfrage gestattet.

Herausgeber: Union Mittelständischer Unternehmen e.V. - UMU, München

Redaktion/verantwortlich: Dipl.-Kfm. Johann Stigler

Druck: Heinzelmann, München

Bezug/Bestellung: schriftlich an die UMU